



Serie Europa Transit
Regelmäßig berichtet
Martin Leidenfrost über
nahe und fernab
gelegene Orte in Europa

von Martin Leidenfrost

Da die Geschichte dieses Mannes Sicherheitsinteressen eines im Krieg befindlichen Landes berührt, muss ich einige Details weglassen. Ich nenne nicht den Namen meines Helden, nicht die Funktion, in der er mir begegnet, und auf keinen Fall den Namen seines Dorfes. Ich äußere mich auch nicht zu den Bedingungen, unter denen ich in der Ukraine arbeiten kann. Der Ukraine wäre es wohl am liebsten, wenn ich meine Notizen jenes milden Sommerabends wegschmeißen würde. Mein Held war aber so nah dran an mehreren Schlüsselmomenten des russisch-ukrainischen Konflikts, dass ich einfach über ihn schreiben muss.

Munition aus Sowjetzeiten

Der, um den es sich handelt, ist ein pensionierter Lehrer in einem ukrainischen Dorf mit bulgarisch-gagausischer Mehrheit. Davon gibt es im äußersten Südwesten der Ukraine Dutzende. Die Gegend ist seit Kriegsbeginn in einer heiklen Situation, da die meisten Nachfahren der noch vom russischen Zaren ins südliche Bessarabien gerufenen Kolonisten traditionell der russischen Kultur und Lebensart anhängen. Wäre die russische Invasion 2022 nicht steckengeblieben, hätte die Gegend vermutlich ein lohnendes Marschziel abgegeben. Sie grenzt an Gagausien, eine autonome moldawische Teilrepublik, in der Wahlen gewinnt, wem Vladimir Putin die Huld eines gemeinsamen Fotos erweist. Neulich gewann dort – obschon ohne Putin-Foto – die Kandidatin des Großdiebes Ilan Schor, dessen prorussische Partei hinterher vom moldawischen Verfassungsgericht verboten wurde. Nur ein Stück weiter nördlich liegt Transnistrien, eine von russischen Friedenstruppen behütete Abspaltung Moldawiens. Allein schon die 20.000 Tonnen Munition aus Sowjetzeiten, die im transnistrischen Cobasna lagern, könnten jederzeit Kampfhandlungen auslösen. Sie liegen direkt an der ukrainischen Grenze und würden beiden Kriegsparteien Freude machen.

Die rund 150.000 ethnischen Bulgaren sind der Ukraine bislang loyal geblieben. Als „Wiedergeburt“, eine prorussische Oppositionspartei in Bulgarien (Wähleranteil 14 Prozent), Autonomie forderte für ein „altes bulgarisches Land mit alten bulgarischen Städten, die vorübergehend unter ukrainischer Verwaltung stehen“, protestierten Bürgermeister der Gegend mit einem Brandbrief. Tatsächlich war die bulgarische Bevölkerung Bessarabiens stets zu passiv, um ernsthaft an Autonomie zu denken.

Das Dorf des alten Lehrers ist interessant, weil es Schlüsselfigur eines Schlüsselereignisses dort aufgewachsen ist, gemeint ist das Massaker vom 2. Mai 2014 in



Odessa, 3. Mai 2014, die Polizei ist am ausgebrannten Gewerkschaftshaus eingetroffen – einen Tag und 42 Menschenleben zu spät

breitet. Es soll im gagausischen Ortsteil Futschedschis geben, die Bulgarisch können, und im bulgarischen Ortsteil andere Futschedschis, die aber kein Gagausisch können. Irgendwann setzt sich der Alte hin und sagt ganz ruhig: „Das war mein Schüler, ich kenne ihn sehr gut. Wie könnte ich schlecht über meinen Schüler reden?“ Er sagt, er könne den 2. Mai 2014 nicht bewerten, gibt jedoch einen zweckdienlichen, Wikipedia widersprechenden Hinweis: Dass Futschedschis zunächst nach Transnistrien zu seinem Bruder floh, der Karriere im Sicherheitsapparat des separatistischen Gebildes gemacht haben soll, kann laut Futschedschis altem Lehrer nicht stimmen: „Er hat gar keinen Bruder.“

Als die Rührung des Alten nicht mehr auszuhalten ist, nehme ich Abschied

Dann erzählt er mir folgende Begebenheit: Er, der gläubige autolose Kommunist, ging einst zu Fuß durchs Dorf, als eine Limousine hielt und der drinsitzende General darauf bestand, ihn mitzunehmen. Erst im Wagen erkannte er seinen Schüler. Futschedschis fragte seinen alten Lehrer, was sein größtes Problem sei, dieser erzählte ihm von den kaputten Computern in der Schule. Ein paar Tage später fuhr eine Polizeieinheit vor und trug neue Computer in die Schule. Wie könnte er da Schlechtes über seinen seit jeher sehr ambitionierten Schüler sagen? Das Büro in Odessa, in dem er Futschedschis später besuchte, hat er als gigantisch in Erinnerung.

Wir gehen herum, er zeigt mir dies und das, dann setzt er sich noch einmal unvermittelt hin, noch einmal auf denselben Stuhl, noch einmal mit demselben Ernst. Da ist noch etwas, sein Sohn. Dieser geht schon auf die fünfzig zu, fährt eigentlich für eine holländische Firma zur See, bei Kriegsausbruch hat er sich freiwillig zur ukrainischen Armee gemeldet: „Mein Sohn, der ist bei Bachmut, die ganze Zeit“ – „Kämpft er dort, weil Sie ihn in diesem Sinne erzogen haben?“ Davon ist der Vater überzeugt. So wie er einst sein Leben für die Sowjetunion gegeben hätte, gibt der Sohn jetzt sein Leben für die Ukraine.

Der bulgarisch-sowjetische Dorflehrer geht aus Fenster, schaut in Richtung Osten und spricht in freien russischen Worten ein Friedensgebet. Er betet dafür, dass „die ukrainische und die russische Führung“ die richtigen Entscheidungen treffen mögen. „In erster Linie natürlich die russische Führung“, fügt er rasch hinzu. Als die Rührung nicht mehr auszuhalten ist, nehme ich von ihm Abschied.

Zu Besuch beim alten Dorflehrer

Ukraine | In einer Ortschaft tief im Süden kommen plötzlich die dramatischen Ereignisse vom 2. Mai 2014 in Odessa zur Sprache

Odessa. Da es 42 prorussische Aktivisten waren, die im brennenden Gewerkschaftshaus an Erstickung oder Todesspringen starben, ist der 2. Mai ein Argument des Kremels für die Notwendigkeit eines Kampfes gegen die „faschistische“ Ukraine. Das Gegenargument der ukrainischen Propaganda trägt den Namen Dmitrij Futschedschis. Dieser war 2014 Vizepolizeipräsident des Gebiets Odessa, leitete den Polizeieinsatz bei den Straßenschlachten am 2. Mai – und ließ der Gewalt offenbar freien Lauf. Er floh bereits am 7. Mai 2014 und lebt heute mutmaßlich in Russland.

Da ich ein paar Bücher über Bessarabien gelesen habe, unter anderem über die Ethnogenese der christlich-turksprachigen Gagausen, empfängt mich der alte Dorflehrer wie einen Staatsgast. Er ist wie die meisten hier ethnischer Bulgare, hat in seiner Jugend als Tourguide für bulgarische Sowjetunion-Reisende dazuverdient, wie die meisten hier spricht er zu Hause Russisch. Er erklärt dies mit seinem russischsprachigen Studium und dem Dichter Alexander Puschkin (1799–1837). Puschkin sei eine Offenbarung für ihn gewesen. Der Lehrer war Mitglied der KPdSU, diente der

sowjetischen Armee in seinem Enthusiasmus sogar länger als vorgeschrieben, als orthodoxer Gläubiger lehnte er aber den Atheismus der Partei ab und setzte später ein Denkmal zur Erinnerung an sowjetische Verbrechen durch. Ohne dass ich ihn gefragt hätte, sagt er: „Wir sind überhaupt keine Separatisten.“ In diesem Moment habe ich noch keine Vorstellung davon, wie weit seine Loyalität zur Ukraine geht.

Die Frage nach Dmitrij Futschedschis, die ich mehrmals stelle, scheint er jedes Mal zu überhören. Der Name – er soll übersetzt „Fassbinder“ bedeuten – ist im Dorf ver-

Eskalation am Schwarzen Meer

Ukraine II Der Getreideideal ist storniert. Russland will nicht länger hinnehmen, dass gegebene Versprechen nicht erfüllt werden

von Hans-Georg Ehrhart

Zum dritten und damit zum vorerst letzten Mal wurde das Getreideabkommen im Mai verlängert. Vergangene Woche jedoch ließ Moskau die von der Türkei und der UNO vermittelte Über-einkunft auslaufen. Die befruchteten Folgen sind steigende Getreidepreise auf dem Weltmarkt, denn Russland und die Ukraine lieferten vor dem Krieg fast ein Viertel der globalen Getreideausfuhren. Die Russische Föderation ist zudem größter Exporteur von Düngemitteln. Gleichzeitig droht sich die Lage im Schwarzen Meer zuspitzen, da beide Kriegsparteien mit völkerrechtswidrigen Angriffen auf die zivile Schifffahrt drohen.

Der im Juli 2022 abgeschlossene Vertrag regelte die Wiederaufnahme der Lieferungen aus drei ukrainischen Häfen und sicherte die Schifffahrt von Getreide

durch den Bosphorus. Für die 310 Seemeilen lange Strecke konnten die Frachter einen drei Seemeilen breiten Korridor nutzen. Ein in Istanbul ansässiges und mit Vertretern der Kriegsgegner, der Türkei und der Vereinten Nationen besetztes Koordinierungszentrum organisierte den Ablauf, wozu auch die Kontrolle der Schiffslandungen gehörte. Dank dieses Abkommens wurden bislang 33 Millionen Tonnen Getreide und Lebensmittel in 45 Staaten exportiert. Hauptempfänger waren China, Spanien und die Türkei. Laut Weltbank gingen 44 Prozent in reichere Länder, nur drei Prozent in ärmere und 725.000 Tonnen an das UN-Welternährungsprogramm.

Die Black Sea Grain Initiative komplettierte ein Memorandum zwischen der UNO und Russland, über das in westlichen Medien wenig bis gar nicht berichtet wird. Darin sagte die Weltorganisation zu, sich für die Aufhebung der Hürden einzusetzen, die russische Getreide- und Düngemittelexporte erschweren. Dass dieses Versprechen bislang nicht erfüllt worden ist, führt Moskau als Grund für seine Weigerung an, das Abkommen zu verlängern. Sein Agrarhandel mit dem Ausland würde durch die westlichen Sanktionen behindert. Nun fallen russische Lebensmittel- und Dünge-

mittelexporte zwar nicht direkt darunter, doch stellen die Finanzsanktionen ein Hindernis für Zahlungen, Logistik und Versicherungen dar. Darum forderte Moskau, die staatliche Landwirtschaftsbank von den Sanktionen zu befreien. Dafür wäre das Votum aller EU-Staaten nötig, an dem es bisher hapert. Den EU-Vorschlag, eine Tochtergesellschaft der Rosselchosbank zu gründen und diese in das internationale Kommunikationsnetzwerk SWIFT aufzunehmen, lehnt Moskau als unpraktikabel ab. Zudem wird seit Monaten verlangt, die von der Ukraine deaktivierte Ammoniak-Pipeline aus dem russischen Togliatti nach Odessa wieder in Betrieb zu nehmen, damit der Weltmarkt bedient werden kann.

Russland geht es um dreierlei: Es will die Ukraine für den jüngsten Drohnenangriff auf die Brücke von Kertsch bestrafen. Präsident Putin sprach danach von „Vergeltung“, wozu man wohl die Luftangriffe auf ukrainische Hafenanlagen rechnen muss. Dann soll Kiew finanziell geschädigt werden, da es die Einnahmen aus dem Getreideexport dringend braucht. Zwar geht ein geringerer Teil dieses Transfers per Schiff, Zug und Lkw westwärts, aber Polen und andere EU-Länder in Osteuropa haben nach massiven Protesten der eigenen Agrarlobby einen

Importstopp für ukrainisches Getreide verhängt und erlauben allein den Transit. Schließlich will Moskau die westliche Sanktionsfront aufbrechen und – falls dies nicht gelingt – den Westen für die Folgen verantwortlich machen. Ob dieses Kalkül aufgeht, ist fraglich. Die USA haben Kiev bereits ein humanitäres und landwirtschaftliches Unterstützungspaket von 750 Millionen Dollar zugesichert. Auch muss sich noch erweisen, ob afrikanische Staaten, die dringend auf bezahlbares Getreide angewiesen sind, das russische Vorgehen gutfinden.

Himmelfahrtskommando

War der Getreideideal einer der wenigen diplomatischen Erfolge seit Kriegsbeginn, ist er nun Opfer des Krieges geworden. Russland hat angekündigt, das es die Sicherheit von Schiffen, die ukrainische Häfen ansteuern, nicht mehr garantieren könne. Die Forderung von Wolodymyr Selenskyj, die Getreideexporte ohne russische Zustimmung unter westlichem Begleitschutz abzuwickeln, ist äußerst heikel. Darum haben die USA sie vernünftigerweise abgelehnt. Als ob das Risiko eines direkten Zusammenstoßes mit Russland in der Schwarzmeerregion nicht ohnehin groß genug

wäre. Auch der ventilierte Gedanke, dass neutrale Staaten mit guten Beziehungen zu Moskau diese Aufgabe übernehmen könnten, ist vollkommen unrealistisch. Erstens müsste die Türkei, die nach der Konvention von Montreux die Durchfahrt durch den Bosphorus kontrolliert, die von ihr verfügte Sperrung für Kriegsschiffe aufheben. Zweitens müssten sich erst einmal Länder finden, die ein solches Himmelfahrtskommando auf sich nehmen.

Da beides nicht zu erwarten ist, spiegelt Kiev die Drohungen Moskaus, indem es seinerseits verkündet, alle Schiffe, die russische oder russisch besetzte Schwarzmeerhäfen anlaufen, als militärische Ziele anzusehen. Damit dreht sich nicht nur die Eskalationsspirale, sondern steigen auch die Getreidepreise weiter und gefährden die Versorgung des Globalen Südens. Laut Weltbank treibt nur ein Preisschub von einem Prozent bei Getreide zusätzlich zehn Millionen Menschen in existenzielle Not, die allerdings vermieden werden könnte. Dazu reicht die Bereitschaft des Westens, sein Sanktionsregime ein wenig zu lockern. Angesichts der drohenden Nahrungsmittelkrise und einer militärischen High-noon-Situation im Schwarzen Meer wäre das eine vernünftige Option.